

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/50. Jahrgang

Mai 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Auch Wohnbau-Chef Thies diente dem Kapital

Die Tage des Wohnbau-Chefs Thies sind gezählt; am 1. Januar wird Dorothee Haberland aus Erfurt die Nachfolge antreten. Die Bilanz seines sechsjährigen Wirkens dürfte durchwachsen ausfallen. Neue Sozialwohnungen hat er – wie auch seine Vorgänger – so gut wie keine gebaut. Wohnungsknappheit ist im Kapitalismus Programm: die beste Garantie für hohe Mieten und Baudividenden. Auch die Kommunal-Einrichtungen dürfen den privaten Miethaien nicht in den Rücken fallen (so sie denn überhaupt wollten). - 1984, vor 35 Jahren, hatte



die Wohnbau Gießen rund 7.000 Wohnungen – bei 70.743 Einwohnern. Die Anzahl der Wohnungen ist geblieben, aber inzwischen hat die Stadt 88.000 Einwohner. Und nur ein geringer Teil dieser Wohnungen kann von der Miethöhe her noch als „Sozialwohnung“ bezeichnet werden. Durch Preiserhöhung, insbesondere nach „energetischer Sanierung“, dem Steckenpferd von Reinhard Thies, ist ihre Zahl auf rund 2.000 geschrumpft.

Inhalt:

Venezuela/Info-Stände in Gießen S.2
Hessen verweigert Bannmeile/Pesta S.3
Olymp.Brief/Klinikums-Tarif/Kurden S.4



Aber auch sonst hat er noch einige Konflikte auszustehen. Seine Proku-
(Fortsetzung auf Seite 2)

Pflege im Kapitalismus/Wieseckaue	S.5
Polizei-Aufgaben/Nazi-Richter	S.6
Orden für W. Hühn von Vietnam	S.7
Friedensprojekt EU?/Termine	S.8



Otto - nur ein Gastspiel mit Langzeitschäden?

Otto kommt – und mit ihm die Verkehrs lawine. Dem Magistrat aus SPD/CDU/Grüne ist das egal. Alle Anträge der Oppositionsparteien wurden abgelehnt. So der Vorschlag der FDP, die Einrichtung weiterer Möglichkeiten für Park-and-Ride-Parkplätze zu prüfen (nur zu prüfen!); So der Vorschlag der Freien Wähler, eine alternative Straßenführung zur Entlastung des Gebiets Grünbergerstr./Heyerweg zu prüfen (auch nur zu prüfen!).

Und der Vorschlag der Gießener Linken, die stillgelegten Gleise auf dem Depotgelände, deren Vernachlässigung schon lange vom RP gerügt wird, zu nutzen und so den Kfz-Verkehr einzudämmen. Die Begründung zur Ablehnung des letzten Antrags durch Bgm. Neidel war besonders lächerlich. Er stellte fest, dass Otto keine Gleise braucht (wurde ihm das überhaupt nahegelegt?). Und im Übrigen halte die Stadt an der Option der Gleisnutzung für
(Fortsetzung auf Seite 2)

Für Frieden und Sozialismus!



Venezuela - Totgesagte leben länger

Vor einigen Wochen waren die westlichen Medien voll mit Nachrichten über Venezuela.

Die Regierung Maduros ist am Ende, es ist nur noch eine Frage von Tagen bis der selbsternannte Präsident Guaidó Maduros Regierung stürzt. Guaidó scheint alle Trümpfe in seiner Hand zu haben.

Er ist der Mann der USA, wird von über 50 Staaten unterstützt und eine weltweite koordinierte mediale Kampagne will ihn zum Präsidenten Venezuelas schreiben. Warum aber muss Maduro unbedingt fallen? Wenn die sozialistische Regierung doch so erfolglos, so unfähig und inkompetent ist?

Die Regierungen von Chavez bis Maduro und die damit verbundenen Parteien Vereinigte Sozialistische Partei

Venezuelas (PSUV) und die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) haben nicht mehr versucht als einen grundlegenden Bruch mit der bisherigen fast 200-jährigen Geschichte Venezuelas: Das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und der Beginn der Herrschaft der bisher unterdrückten Schichten dieses Landes.

Die Menschen sollten beginnen, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Der Startschuss hierfür sollte ein ambitioniertes Sozialprogramm sein: Aufbau einer kostenlosen Gesundheitsversorgung in den Armenvierteln, Erwachsene, die bisher Analphabeten waren, sollten kostenlos lesen und schreiben lernen, Aufbau eines neuen dezentralen Universitätssystems, ein Netz von Supermärkten sollte aufgebaut werden, wo

verbilligte Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung bereitgestellt werden. Die südamerikanischen Länder sollten unter einer antiimperialistischen Zielstellung geeint werden. Unasur (Union Südamerikanischer Staaten) wurde 2008 auf Initiative von Luiz Inácio Lula da Silva und Hugo Chavez hin gegründet. Unasur war mit einem dezidiert linken Programm gegründet worden, ihr Ziel war der Kampf gegen „Ungleichheit, soziale Ausgrenzung und Armut“.

Auch wenn viele Ansätze dieser Politik über die Anfänge nicht herauskommen und Korruption und Vetternwirtschaft um sich griffen, sind die Ziele unglaublich fortschrittlich. Allein aus diesem Grund müssen linke Kräfte die Regierung in Venezuela unterstützen. Henning Mächerle

Am Ostersonntag warb das Gießener Friedensnetzwerk für den Ostermarsch mit Flugblättern und Redebeiträgen von Vertretern des DGB, der Linkspartei sowie der DKP - am Mikro: Michael Beltz



(Fortsetzung von Seite 1)

Auch Wohnbau Chef Thies...

risten will er gegen deren Willen zu „leitenden Angestellten“ machen, damit sie nicht zum Betriebsrat kandidieren und leichter haftbar gemacht werden können. Und über die Höhe der Sonderzahlungen wird nun vor Gericht gestritten. Thies hat diesen Betrag im vergangenen Jahr eigenmächtig auf 70 statt vorher 80% des Gehalts gekürzt, weil „die Wohnbau möglichst wirtschaftlich mit dem Geld der Steuerzahler und der Mieter umgehen müsse“. Früher nannte man das Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld oder auch 13. Monatsgehalt (also 100%), das ohnehin gekürzt wurde. Geklagt haben 11 der über 70 Betroffenen; das Urteil wird für Juni erwartet.

(Fortsetzung von Seite 1)

Otto - nur ein Gastspiel?

den Güterverkehr fest – allerdings für einen Zeitpunkt in der Ferne, wenn Otto seinen Standort Gießen wieder verlassen haben wird. Also ist das ganze Tamtam um die Ansiedlung von Otto, die Arbeitsplätze und die Gewerbesteuer nur vorübergehend?

Aber die 20 Meter hohen Beton-Lagerhallen, die bleiben.



Mit einer bundesweiten Aktion protestierte der DGB am 30. März gegen die Wohnungsnot in der BRD - auch in Gießen mit einem phantasievollen Info-Stand am Kugelbrunnen.

Hessen: CDU/Grüne verweigern Bannmeile

Das Land Hessen – allen voran Innenminister Beuth (CDU) - weigert sich, eine Schutzzone von 150 Metern um Beratungsstellen und Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, einzurichten.

Es torpediert damit einen Beschluss des Frankfurter Stadtparlaments und das einstimmige Votum der Gießener Stadtverordneten (bei Enthaltung der AfD) und die Umsetzung des eigenen CDU/Grünen Koalitionsvertrages (s. Kasten).

Auch für den Gießener Magistrat scheint die Angelegenheit damit erledigt zu sein, den fanatischen Möchtern-Hexenverbrennern wird freie Hand gelassen.

Dabei könnte er auch anders, wenn er wollte. Die Stadt Pforzheim hat im März eine „Versammlung“, die als

„Tägliches stilles Gebet / Mahnwache“ vor pro familia stattfinden sollte, verboten. *Begründung: Sie führe zu einer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts insbesondere derjenigen Frauen, die sich in einer Schwangerschaftskonfliktsituation befänden...* und weiter: *damit würde das Beratungskonzept nachhaltig beeinträchtigt.*

Dabei sollte es hier wohl wenigstens noch ruhig zugehen ohne lautes Beten wie in Gießen oder Gesänge, die noch in den Beratungsstellen zu hören sind, wie in Frankfurt.

So konsequent mag man in Gießen, wo man Kristina Hänel auf die Schulter klopf und es ansonsten bei Lippenbekenntnissen belässt, nicht sein. Übrigens: Auch Südkorea, nicht gerade ein Musterland der Demokratie,

Aus dem Koalitionsvertrag:

Frauen in einer Schwangerschaftskonfliktsituation brauchen Rat und Unterstützung statt Diskriminierung und Drangsalierung. Ihnen muss ein unbedrängter, diskriminierungsfreier und unbeeinflusster Zugang zur Beratung offenstehen.

hat gerade das bestehende Abtreibungsverbot aufgehoben. In der Begründung heißt es: „Die Entscheidung über eine Schwangerschaft passiert nicht in einem luftleeren Raum, sondern hängt von den Umständen der Schwangeren ab. Wenn das Recht auf Schwangerschaftsabbruch nicht gegeben ist, kann dies zum Verlust der Menschenwürde führen.“



Eltern, Großeltern und andere Erwachsene wollen die Schülerdemonstrationen „Fridays for Future“ mit eigenen Veranstaltungen unterstützen. Zur ersten Kundgebung kamen etwa 100 Teilnehmer, zur nächsten am 11. Mai soll besser mobilisiert werden. Die nächste Schülerdemo findet am 3. Mai statt, natürlich vormittags mit Schulstreik. Anschließend, ab ca. 13 Uhr, gibt es am Oswaldsgarten und in der Neustadt ein Straßenfest, mit dem für ein neues, klimafreundliches Gießener Verkehrskonzept geworben werden soll.

PESTA ADE?

Die Pestalozzischule soll ihren Namen verlieren und schlicht „Grundschule am Schwanenteich“ heißen. Warum? Vielleicht soll Rücksicht auf Dummköpfe genommen werden. Die wissen, wo der Schwanenteich ist, aber nicht wo Pestalozzi wohnt. Deshalb mein Vorschlag: Nennen wir doch die (ehem.) Schillerschule um in „Grundschule im Dönerdreieck“.

Gewiss war es nötig, Straßen und Gebäude von Nazinamen zu befreien (bis heute allerdings noch nicht überall). So wurde der Name Otto-Eger-Heim abgeschafft. Ersetzt wurde er durch einen ehrenwerten Namen, den sich wegen seiner Länge niemand merken kann. - Ehemalige Schüler der Pesta werden auch weiterhin sagen: Ich war auf der Pestalozzischule (außer einigen Anhängern der Grünen oder SPD).

Fidel Castro hatte übrigens verfügt, dass sein Name weder Gebäude noch Straßen schmücken solle. MiB



PESTALOZZI BLEIBT!

Welche Gründe gäbe es dafür, den Namen „Pestalozzi“ aus dem allgemeinen Gedächtnis zu streichen. Heinrich Pestalozzi war ein Schweizer Pädagoge, der eine ganzheitliche Volksbildung anstrebte. Kinder sollten befähigt werden sich selbst zu helfen, ein Ansatz, der heute noch in der Pädagogik Gültigkeit besitzt. Viele seiner Grundideen findet man in der heutigen Pädagogik. Benotungen und Zeugnisse hatten bei ihm keinen Platz, was an heutige Diskussionen um Berichtszeugnisse erinnert. Was kann Pestalozzi dafür, dass unter seinem Namen jahrelang der pädagogische Ruf der Gießener Schule litt? Es waren doch eher die vorsintflutlichen Unterrichtsmethoden, die dem Ruf der Schule schadeten.

Oder wittern jetzt rückwärtsgewandte grüne Politiker einen Anlass, um einen Schulreformer aus dem Gedächtnis zu streichen? Und sei es einer aus dem 18. Jahrhundert. MaB

„Olympischer Brief“ der Krankenhäuser

Die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird immer dramatischer. Zu wenig Personal und steigende Arbeitsbelastung machen die Beschäftigten selbst krank. In den privatisierten Kliniken steht der Profit an erster Stelle, die Patienten und Mitarbeiter bekommen dies täglich zu spüren.

Mit einer ungewöhnlichen Aktion machen die Beschäftigten nun auf sich aufmerksam: Ein „Olympischer Brief“ reist durch ganz Deutschland, Tausende unterschreiben. Sie wollen damit ihrer Forderung Nachdruck verleihen, „endlich gute Bedingungen für die Pflege und Versorgung im Krankenhaus - allem voran eine echte Personalbemessung am Bedarf“ zu schaffen. 500 Meter Unterschriften sollen gesammelt und am 5. Juni an Gesundheits-

minister Spahn übergeben werden. Am 8. April erreichte der „Olympische Brief“ die Uniklinik Gießen. Der Be-



triebsratsvorsitzende, Klaus Hanschur, hob bei einem Pressegespräch hervor, dass die Beschäftigten täglich wertvolle Arbeit leisten. Eine gesetz-

liche Personalbemessung sei ebenso notwendig wie die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem Tarif des Öffentlichen Dienstes. Eine Mutter berichtete mit bewegenden Worten von ihrem 5-jährigen Sohn. Als Herzpatient leide er besonders unter dem Personalmangel, die bisherigen drei Operationen wurden immer zwei Mal verschoben. Trotzdem sind sie mit der Betreuung im Krankenhaus sehr zufrieden. Mit ständigem, unermüdlichem Einsatz, teilweise bis über die Belastungsgrenzen hinaus, geben die Ärzte und Pflegekräfte ihr Bestes zum Wohle der Patienten. Dafür danken wir ihnen.

Rainer Grabowski

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de
 Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**
www.jungewelt.de/testabo
 Abotelefon: 030 53 63 55 50
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.



Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan

Mit Schildern und Flugblättern demonstrierten kurdische Frauen am 20.3. in Gießen gegen das Erdogan-Regime, das seit fast drei Jahren im Ausnahmezustand jede Opposition unterdrückt. Sie fordern die Freilassung von Öcalan, der seit 1999 in Isolation auf einer Gefängnisinsel eingesperrt ist und seit Jahren weder von Anwälten noch Familienangehörigen besucht werden darf.

Auch Leyla Güven, Abgeordnete der HDP, drohen 31 Jahre Haft wegen ihrer Kritik am Einmarsch



der Türkei in Afrin. Sie - wie viele andere in vielen Ländern - sind in Hungerstreik getreten, darunter auch 11 Anwälte, die im vergangenen Jahr auf einmal festgenommen wurden und viele Aktivisten in Straßburg.

Uniklinikum: Warnstreiks wirken

Fünf Warnstreiks, verteilt auf 3 Monate und 5 Aktionstage, waren nötig, um der Rhön AG einen Tarifabschluss abzutrotzen, der den Beschäftigten des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) ähnliche Bezahlung wie den Kolleginnen und Kollegen in öffentlichen Krankenhäusern garantiert. Rückwirkend ab 1.1. gibt es 3% mehr, ab 1.10. nochmal 1%, außerdem laufen noch Verhandlungen zu besseren Eingruppierungen. Auch die Auszubildenden bekommen entsprechend mehr. Die Laufzeit wurde auf ein Jahr begrenzt, sodass 2020 der Kampf weiter gehen kann. Weiter geht auch der Kampf um mehr Personal und damit weniger Arbeitsdruck, siehe auch unseren Bericht oben. G.L.

Pflege im Kapitalismus: Profit statt Würde

Spekulative Finanzinvestoren wie Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften haben ein neues Geschäftsmodell entdeckt: Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Seniorenheime und Gesundheitszentren. Die alternde Bevölkerung garantiert, dass in diesen Bereichen Konjunktur-einbrüche ausgeschlossen sind. Das Geschäft dieser Gesellschaften ist, Betriebe zu kaufen, auf Höchstprofit zu trimmen und mit hohem Gewinn wieder zu verkaufen. Was in den Betrieben gemacht wird, spielt keine Rolle – ob Autos zusammengeschaubt, chemische Prozesse ablaufen oder Menschen versorgt und gepflegt werden, egal – rationalisieren und Personaleinsparen können skrupellose Manager überall. Betriebsräte und Gewerkschaften sind eine Profitbremse – weg damit, auf solche Schweinereien spezialisierte Anwaltskanzleien gibt es genug.

Der Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich ändert sich dadurch drastisch. Die verbliebenen Einrichtungen in kommunalem, kirchlichem oder gemeinnützigem Eigentum passen sich nach und nach an. Bei Personaleinsparungen gibt es viele Möglichkeiten. Arbei-

ten wie Reinigung und Küche werden an den billigsten Anbieter vergeben. Arbeiten, die nur von examinierten Kräften durchgeführt werden dürfen, werden von angeheuertem Fremdpersonal erledigt.

Auch bei den Preisen, die von den Bewohnern erhoben werden, gibt es viel Phantasie – zum Beispiel Investitionsbeiträge, obwohl nichts investiert wird und selbst notwendige Reparaturen herausgezögert werden. Gespart wird, wo es nur geht. Ist ein Bewohner mal ein paar Tage außer Haus, wird sein Rollstuhl anderweitig vergeben. Verbrauchsartikel wie Urinbeutel und Verbandmaterial sind manchmal knapp, es muss improvisiert werden. Die Profitorientierung im Gesundheits- und Pflegebereich nimmt sowohl dem Personal als auch den Alten und Kranken ihre Würde. Die Privatisierungen in diesem Bereich müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Wenn das in diesem System nicht geht, muss das System geändert werden. Gernot Linhart



Strandbar gefährdet Spaziergänger

Geht man bei sonnigem Wetter in die Wieseckau, begegnen einem Spaziergänger, Kinder, Radfahrer mit und ohne Akku-Antrieb, Jogger, Inline-Skater, Hunde. Damit alle auf den schmalen Wegen aneinander unfallfrei vorbei kommen, ist eine Menge Glück und gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich. Kommt man zur Front der Strandbar, wird es völlig unübersichtlich. Denn hinein und hinaus strömen Leute quer über den Weg.

Das sind die Auswirkungen eines künstlich erzeugten Besucherstroms durch die Ansiedlung der „Strandbar“ durch den Magistrat. Er gefährdet nicht nur die Bruterfolge der Teichvögel in diesem Landschaftsschutzgebiet, sondern auch die Sicherheit der Passanten. Ganz „kriminell“ wird es, wenn diverse Alkoholfeste im Sommer dieses „Nadelöhr“ in die Zange nehmen.

Wieseckau: Uns schwant etwas

Vor sieben Jahren retteten 5100 Menschen mit ihrer Unterschrift den Schwanenteich vor den geplanten Verunstaltungen durch den Gießener Magistrat und die Landesgartenschau-Planer, wie die berühmte „Kettensägen-Gerda“-Weigel-Greilich und den heutigen Gartenamt-Vize Ludwig Wiemer. Der Schwanenteich blieb in seinem natürlichen Zustand erhalten und wurde nicht mit Steinblöcken – wie ein Schwimmbad – eingefasst. Außerdem blieben alle Bäume und Gebüsche auf dem Uferweg zwischen Wieseck und Schwanenteich erhalten.

Der Erfolg der Bürgerinitiative erwies sich in den folgenden langen heißen

Sommern als Glücksfall für Menschen und Tiere im Schwanenteich. Der Schatten der Bäume brachte die benötigte Kühle.

Zu Beginn dieses Jahres wurde an den Uferböschungen ein Radikal-

schnitt vom Gartenamt vorgenommen. Den Teichvögeln wurden Rückzugsorte radikal abgesägt und Brutmöglichkeiten verwehrt. Besonders die scheuen Teichhühner sind kaum noch auf dem Schwanenteich zu finden. Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ wird genau darauf achten, dass nicht Tatsachen geschaffen werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die Gießener Umweltdezernentin ihre Pläne noch nicht aufgegeben hat. M. Berger



Aufkleber der BI. Dieses Brückchen wurde zerstört.

Hat die Polizei nichts Besseres zu tun?

Allenthalben wird die Überlastung von Polizei und Justiz beklagt. Einen Einblick in die Thematik konnte man bei einer Verhandlung vor dem Gießener Landgericht Mitte April gewinnen. Angeklagt waren zwei „Droghändler“, die im November von den Einsatzkräften, die die Aktion begleiteten, verhaftet worden waren - nach einer mehr als dreistündigen Observation (einschließlich fotografischer Dokumentation) eines einschlägig bekannten Ortes. Für die Polizei sei der Kampf gegen den Drogenhandel ein wichtiger Bestandteil des Konzepts „Sicheres Gießen“. Sichergestellt wurden jeweils zwischen 0,2 und 1 Gramm Marihuana. Die Angeklagten wurden zu 10 bzw. 11 Mona-

ten Haft auf Bewährung verurteilt, von denen sie die Hälfte bereits in der U-Haft abgesessen haben, sowie zu 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Dafür so ein Aufwand? Bei diesem Personalmangel?

Laut Betäubungsmittelgesetz kann beim Besitz von geringen Mengen für den Eigenbedarf von einer Strafverfolgung abgesehen werden. Eine „geringe Menge“, das ist in Berlin 15 Gramm, im Saarland, in Thüringen, NRW und Rheinland-Pfalz 10 Gramm, in allen anderen Bundesländern 6 Gramm. Im vergangenen Jahr haben viele Regierungen Cannabis legalisiert: Kanada, Uruguay, Südafrika, Georgien, Thailand, Großbritannien, Sri Lanka... Italien und Luxemburg wollen folgen.

In der BRD ist es zu medizinischen Zwecken erlaubt. Eine weitere Liberalisierung ist hier Teufelswerk und könnte die schönen Kriminalstatistiken über den Drogenhandel gefährden. - Und so wird das nicht der letzte Prozess gewesen sein gegen „deutlich nervöse“, „schmallippige“ Dealer, „mit dunklen Augenringen“, die „ruhelos umherblicken“ (Zitate aus den 3- bzw. 4-spaltigen Artikeln in der Gießener Tagespresse). - Würde man auch hier das Haschisch-Verbot aufheben, wären diese Possen zu Ende, der Beschaffungskriminalität der Boden entzogen und die Polizei könnte sich wichtigen Delikten wie Wirtschaftskriminalität und der zunehmenden rechten Gewalt widmen. Erika Beltz



Jetzt wieder monatlich in der Fußgängerzone: der DKP-Info-Stand

Gießener Nazi-Richter im Auschwitz-Prozess

„Sobald ich mein Büro verlasse betrete ich Feindesland“ – so beschrieb der Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer seine Situation im bundesdeutschen Justizwesen, nachdem er den ersten großen Auschwitz-Prozess in Frankfurt durchgesetzt hatte. Wie recht er damit hatte, wurde jetzt wieder mal deutlich – der Vorsitzende Richter in diesem Prozess, Hans Hofmeyer, war selber ein ehemaliger Nazijurist. Hofmeyer kam 1925 als Jurastudent nach Gießen, wo er mit Unterbrechungen bis 1939 blieb. Als Amtsgerichtsrat verfügte er Zwangssterilisationen von Menschen, die nach der NS-Ideologie als minderwertig galten.

1937 stellte er einen Aufnahmeantrag für die NSDAP. Daneben war er Mitglied in mindestens 7 NS-Organisationen, zum Beispiel der Hitlerjugend, dem Kolonialbund und dem NS-Rechtswahrer-Bund. In der Hitlerjugend war er Rechtsreferent. Später war er in der Heeresjustiz im Rahmen fliegender Standgerichte tätig, die für schnelle Todesurteile berüchtigt waren. Im Auschwitz-Prozess, den er eigentlich ablehnte, richtete er also über seine früheren Gesinnungsgenossen, was er aber gut zu verbergen verstand.

Die Rolle dieses Juristen im Nazireich wurde erst jetzt öffentlich, nachdem

ein junger Wissenschaftler eine eigentlich als Würdigung gedachte Dissertation über ihn schreiben wollte und bei seinen Recherchen auf die Nazi-Vergangenheit stieß. Eigentlich hätte sie aber schon längst bekannt sein können – im NS-Archiv des Gießener Geschichtsforschers J.P. Jatho sind alle Daten über Hofmeyer aufgelistet. Dass der Mann an seiner ehemaligen Wirkungsstätte Gießen, nicht wie viele andere Nazis (Friedrich Feld, Otto Eger, Hermann Schlosser u.v.a.) besonders geehrt wurde, liegt wohl daran, dass seine Rolle im Auschwitzprozess nicht verdienstvoll genug war. Gernot Linhart

Orden für Freundschaft der Sozialistischen Republik Vietnam an Wolfgang Hühn verliehen

Rainer Grabowski: *Herzlichen Glückwunsch zu dieser hohen Auszeichnung. Wofür wurde Dir der Orden verliehen?*

Wolfgang Hühn: Anlass für die Ehrung mit dem ranghohen vietnamesischen Orden war meine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender der Hilfsaktion Vietnam e.V. (HAV).

R.G.: *Wurden auch andere ehemalige HAV-Mitglieder geehrt?*

W.H.: Dem damaligen Schatzmeister der HAV, Frank Jacobs, wurde dieser Orden ebenfalls verliehen. Unsere langjährige Geschäftsführerin, Sybille Weber, erhielt 2009 ein Ehrengrab auf dem Heldenfriedhof von Ho-Chi-Minh-Stadt.

R.G.: *Wann und warum gründete sich die HAV?*

W.H.: Die HAV begann ihre Arbeit 1963 auf dem Höhepunkt des US-amerikanischen völkerrechtswidrigen Bombenkrieges gegen Vietnam. Bereits während des Krieges und in der Zeit des Wiederaufbaus des zerstörten Landes leistete die HAV solidarische Hilfe im Gesamtwert von ca. 170 Millionen DM.

R.G.: *Wie bist Du zur HAV gekommen?*

W.H.: Durch Vietnam habe ich mich zum Kommunisten entwickelt und den Weg zur DKP gefunden. Da war ich froh über die Chance, in Form von



Wolfgang Hühn (rechts) während der Ordensverleihung

materieller Solidarität etwas zurückgeben zu können.

R.G.: *Was habt ihr unterstützt?*

W.H.: In Ho-Chi-Minh-Stadt entstand eine Spezialklinik für Verbrennungsmedizin. Vielen Opfern der menschenverachtenden Napalm-Angriffe konn-

te hier geholfen werden. Weitere Projekte waren die Nähfadelfabrik in Ha Dong, 1000 Tonnen Reis für die hungernde Bergarbeiterprovinz Quang Ninh, Aufbau und Einrichtung von Sanitätsstationen sowie Schul- und Ausbildungseinrichtungen, die landesweite Ausstattung aller größeren Kliniken mit Ultraschallgeräten.

Das ist aber nur eine kleine Aufzählung, es ging uns immer darum, zukunftsorientierte Hilfe zu leisten.

R.G.: *Wo kam das Geld her?*

W.H.: Mit großen „Sponsoren“ konnten wir natürlich nicht rechnen. Zehntausende Klein- und Sachspenden machten unseren Erfolg erst möglich.

R.G.: *Die Solidarität war also sehr groß?*

W.H.: Ja. Daher gilt diese Ehrung letztlich allen Menschen, die solidarisch zu dem kriegsverwüsteten Vi-

etnam und seinen bitterarmen Menschen gestanden haben und sie in ihrer größten Not aktiv unterstützten.

Redaktionsschluss für Juni-Echo: Mi., 15. Mai

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Vietnam verbietet Glyphosat

Das vietnamesische Ministerium für Landwirtschaft erließ am 10. April ein Verbot für Glyphosat.

Die Verordnung wird 60 Tage nach dem Erlass wirksam. Die Herbizide dürfen dann in Vietnam weder hergestellt noch eingeführt werden.

Ab April 2020 müssen alle noch vorhandenen Bestände bei den Behörden abgegeben werden. Es wird geschätzt, dass in Vietnam derzeit noch etwa fünf Millionen Liter Glyphosat im Umlauf sind.

Im März entschied ein Bundesgericht in San Francisco, dass „Roundup“, ein Unkrautvernichter auf Glyphosatabasis des Agrochemie-Riesen Monsanto, der seit zwei Jahren zum Bayerkonzern gehört, Krebs verursachen

könnte.

Zuvor wurde in zahlreichen Studien nachgewiesen, dass glyphosathaltige Produkte negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben.

Vietnam hat deshalb erneut gefordert, dass Monsanto und andere US-Firmen vietnamesische Opfer entschädigen müssen.

Das berüchtigte Entlaubungsmittel Agent Orange hat während des Krieges der USA gegen Vietnam Millionen von Menschen schwer geschädigt.

Bei den Betroffenen verursacht Agent Orange auch heute noch in der Enkelgeneration schwere Missbildungen

(aus UZ vom 18.4.2019)



Friedensprojekt EU?

Im EU-Wahlkampf ist immer wieder davon die Rede, ein friedliches Europa sei durch die EU entstanden. Das Gegenteil ist der Fall: Die EU ist – im Schulterschluss mit der NATO – die größte Gefahr für den Frieden in Europa.

Die europäische Integration war von Anfang an gegen den sozialistischen Block gerichtet und eng mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Heute zeichnet sich die EU vor allem durch ihre aggressive antirussische und antichinesische Haltung aus.

Die EU-Staaten haben, direkt oder indirekt, Kriege geführt in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, im Irak, in Libyen und der Ukraine. Das neue Militärbündnis PESCO steht für die Aufrüstung der EU. Frankreich und Deutschland entwickeln gemeinsam Waffensysteme und deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren.

Die aggressive Ausdehnung der EU nach Osteuropa war die Zündschnur für den anhaltenden Krieg in der Ukraine, den das von Faschisten durchgesetzte Putsch-Regime gegen das Volk führt. Die EU befindet sich auf einem Aggressionskurs gegen Russland und baut Europa zum NATO-Aufmarschgebiet aus.

Das alles zeigt: Die EU ist ein Kriegsbündnis.

**Am 26. Mai DKP wählen:
Nein zur EU,
Frieden mit Russland!**

2019: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Spendern!

Vor-Mai-Veranstaltung der DKP

Montag, 29. April, 19 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

Kai Degenhardt: "Auf anderen Routen" Lieder gegen den rechten Aufmarsch

Es spricht die Vorsitzende der SDAJ Hessen
Freya Pillardy

Alle Interessierte sind herzlich eingeladen. Eintritt frei, Spenden erwünscht.



Ostermarsch der Friedensbewegung in Frankfurt

Wie im letzten Jahr beteiligten sich etwa 3.500 Menschen, obwohl es mehrere dezentrale Kundgebungen gab. Unser Foto zeigt die Ankunft der Ostermarschierer aus Bornheim auf dem Römer mit den Teilnehmer aus Gießen

Fridays for Future: Freitag, 3. Mai

nach dem Schulstreik ab 13 Uhr am Oswaldsgarten (s. Seite 3)

Samstag, 1. Mai: Kundgebung der Eltern

DKP-Info-Stand

am Samstag, 25. Mai ab, 10. 30 Uhr am Kreuzplatz

Jeden Montag, von 18 bis 19
Uhr bei den 3 Schwätzern im

Seltersweg/Ecke Plockstr:

**Protest gegen
Hartz IV**



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook